

UZ

Sächsische Landesbibliothek
2 5. 06 90
2. 4r. 2° 459



Ausgabe
Nr. 22/1990
Leipzig
18. Juni

UNIVERSITÄTSZEITUNG KARL-MARX-UNIVERSITÄT

Verfassung für Land Sachsen

(UZ-Korr.) Kürzlich konstituierte sich an der KMU unter Leitung von Prof. Dr. Karl Bönniger eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Entwurfs für eine Verfassung des Landes Sachsen. Es wurde bereits der erste Abschnitt zu den Grund- und Menschenrechten in einer künftigen Sächsischen Landesverfassung übergeben und zur Diskussion gestellt.

Ausstellung zur Buchillustration

(UZ) „Literatur und Zeiterlebnis im Spiegel deutscher Buchillustrationen 1900-1945“ heißt der Titel einer Ausstellung, die vom 9. 6. bis zum 14. 7. im KMU-Ausstellungszentrum in der Goethestr. 2 (Kroch-Haus) zu besichtigen ist. Die Exponate stammen aus der Sammlung von Kritzer, Bad Homburg v. d. H.

Sitzstreik vor Volkskammer

(UZ) Tausende Studenten aus allen Universitäten und Hochschulen der DDR forderten am 7. Juni vor der Volkskammer mit einem Sitzstreik die sofortige Erhöhung des Grundstipendiums auf 495 Mark sowie die zusätzliche Möglichkeit für einen Kredit.

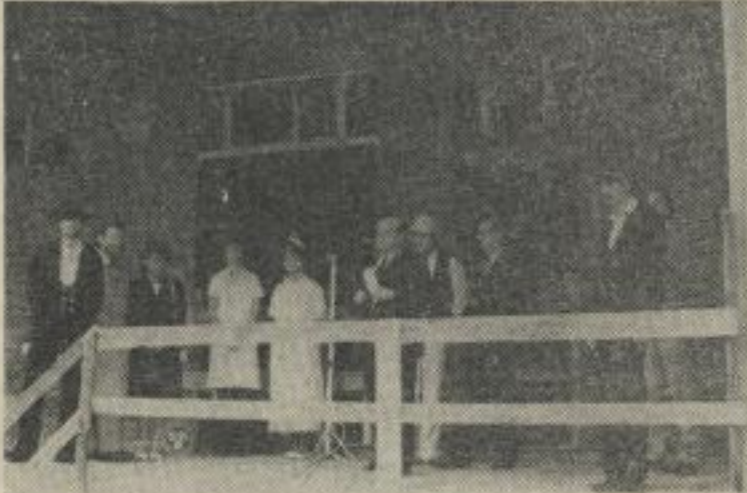
Diese berechnete Forderung wird von der DDR-Rektorenkonferenz unterstützt; aktiv wirkte der Rektor der HUB, Prof. Dr. H. Fink, als Vermittler zwischen Studenten, Volksvertretern und Regierung. Ein Grundstip in der o. g. Höhe ist - auch im Vergleich mit Studenten in der BRD - das Mindestmaß für ein Studium in Unabhängigkeit vom Elternhaus.

Regierung und Parlamentsmehrheit reagierten mit unverbindlichem „Verständnis“, womit das wochenlange Latieren offenbar anhält. Vorläufiges Ergebnis des Sitzstreikes, dem sich eine tagelange Mahnwache anschloß: Bildung eines Ausschusses, der die Stipendienforderungen gesondert regeln soll.

UZettel

Demagogie der übelsten Sorte nenne ich, wie ein Anonymus nahe dem zentralen CDU-Parteihaus den Slogan „Wir sind ein Volk“ ergänzte: „von Schwachköpfen“. Hat doch der mündige Bürger dieses Landes in den zurückliegenden Wochen mancherorts bewiesen, daß er seinen Verstand sehr wohl zu gebrauchen weiß. Zum Beispiel durch die Abstimmung in Namensangelegenheiten. Karl-Marx-Stadt wird wieder Chemnitz heißen. Marxwalde wieder Hardenberg. Und auch die Leipziger Universität muß sich, laut SPIEGEL, womöglich bald schon ihres Namens nicht mehr genießen. Wohl gedacht, wohl getan! Allerdings sollte man sich mit dieser Halbherzigkeit nicht begnügen. Wie lange sollen wir (das Volk) es noch erdulden, daß sich allein im Berliner Telefonbuch Ost 23 Einträge auf den Namen Marx und 6 auf den Namen Engels finden? Und wann endlich konstituiert sich eine Bürgerwehr, die basisdemokratisch gegen das kommunistisch verbräunte Ortschafts-Lehnen zu Felde zieht? Ich fordere Korrektur, sofort, nicht im Namen des Volkes, nein, in meinem eigenen.

KARL NAPP



Vorwärts geht es am Verpflegungszentrum Richtfest am Bereich Medizin

(UZ) Das Wetter am Nachmittag des 8. Juni war nicht gerade dazu einladend, Richtfest zu feiern. Die Sonne hätte ruhig die Regenwolken für ein halbes Stündchen beiseite schieben können, zumal es sich um ein so wichtiges Bauvorhaben wie das Verpflegungszentrum im Bereich Medizin der Karl-Marx-Universität handelte.

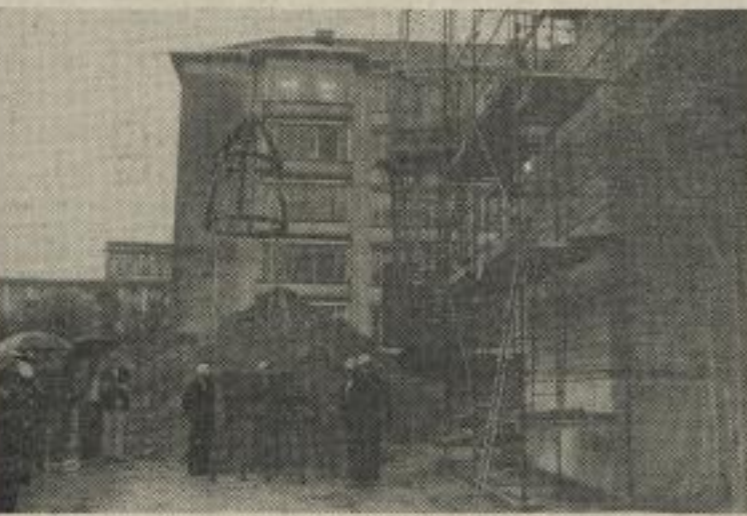
Nichtdestotrotz waren Bauarbeiter, Angehörige des Bereiches Medizin und weitere Gäste gekommen, um den Abschluß eines bedeutenden Bauabschnittes, so gekennzeichnet von Prof. Dr. sc. Gerald Leutert, Prorektor für Medizin, mitzuerleben.

Den Dank an die Bauarbeiter und Projektanten verband Prof. Leutert mit der Gewißheit, daß der von allen Angehörigen des Bereiches Medizin und auch den Patienten lang ersehnte und dringend benötigte Bau zügig zu Ende geführt wird.

Nachdem es alle im zum Teil strömenden Regen ausgehalten hatten, wurde das Ganze im Carl-Ludwig-Institut so nach und nach auch noch ein feucht-fröhliches Richtfest.

Grundsteinlegung war übrigens am 25. November 1988 - aber da noch mit „großem Bahnhof“...

Fotos (2): MÜLLER



Brief von Sozialwissenschaftlern Japans:

Japaner in Sorge um MEGA an KMU

(Tokyo, 21. 4. 1990) Die neue „Marx/Engels Gesamtausgabe“ (MEGA), die seit 1975 von zwei Instituten der DDR und der UdSSR herausgegeben wird, ist die sogenannte „historisch-kritische Gesamtausgabe“, deren Redaktionsprinzip darin besteht, alle Leistungen von Karl Marx und Friedrich Engels, ihre überlieferten Dokumente, wie Handschriften, Werke, Briefe und Marginalien, benutzend, in der originalen Sprache erschöpfend widerzuspiegeln.

Die Herausgabe einer solchen „Gesamtausgabe“ ist ein erstklassiges wissenschaftliches Unternehmen, das die der Menschheit gehörende Hinterlassenschaft großer Denker schützt, die auf die Geschichte riesige Einflüsse ausgeübt haben. Eben aus diesem Grund stehen ihr viele wissenschaftliche Einrichtungen in der Welt, obgleich sie sich in Forschungsbereich sowie -ideen unterscheiden und zu unterschiedlichen

Sozialsystemen gehören, mit Rat und Tat bei.

Neuerdings aber haben wir erfahren, daß die Fortsetzung der Edition sowie Publikation der Gesamtausgabe in der bisherigen Form im Verlauf der Entwicklung der „Umgestaltung“ in der DDR seit 1989 auf Schwierigkeiten stößt, und die Herausgabe ihrer folgenden Bände schon in Gefahr gekommen ist. Als Sozialwissenschaftler müssen wir uns jetzt um die Zukunft dieses wichtigen intellektuellen Unternehmens der Menschheit große Sorgen machen.

Wir bitten Sie hiermit herzlich darum, der wissenschaftlich gewichtigen Bedeutung dieses Unternehmens Ihre Aufmerksamkeit zu schenken und seine Fortsetzung mit Ihren Möglichkeiten zu unterstützen.

Die Japanische Gesellschaft für Politische Ökonomie (20 Professoren unterzeichneten das Schreiben).

Gedanken zur Woche

Eine Welt für alle

„Wir sind so arm, weil ihr so reich seid. Und jetzt kommen wir zu euch, damit ihr was in euren Straßen sterben seht.“ DER MARSCH, im hier streitbarer Höhepunkt der mit großem Aufwand betriebenen TV-Aktion „Eine Welt für alle“. Gerade bei jenem HBC-Film wurde ich das Gefühl nicht los, daß da irgendwo zwischen Mitleidsbesessenheit in Kauf nimmt. „Die Armen live im Wohnzimmer“, kommentierte eine verzweifelte taz-Rezensentin.

Ein mißglücktes Diskussionsangebot? Der Film wurde nicht Gespräch in Leipziger Straßenbahnen. Die Sorge um diverse Sparkonten war nicht totzukriegen. Doch weshalb hinterließ das Medienspektakel einen so bitteren Nachgeschmack? Nur weil der Zeitpunkt seiner Präsenz in deutschen Schrankwänden derart ungünstig gewählt war? Ich denke, AUCH an diesem Abend konnte mittels gefällig verpackten Elends nicht mehr geschrien, als dessen MARKTWERT zu prüfen. Und bestenfalls irrationale Ängste Mittelereuropas zu

schüren. Das Ergebnis mußte niederschmetternd sein, hier, inmitten allgegenwärtiger Ignoranz, in der Millionen versuchten, sich auf die Seite der Stärkeren zu drängeln. Wo jede Unfähigkeit oder gar Verzweiflung, sich gleichschalten zu lassen, Spott, Haß, im besten Falle Mitleid hervorruft.

Man definiert ja inzwischen Schwarze und Bananen als Symbole einer Revolution, deren sinkende Preise als Mitgift des herbeigesehnten, einzig möglichen Wertmodells. Darum bleibt keine Zeit, wahre Ursachen benennen und angehen, scheinbar fremde Probleme als die immer bedrohlicheren eigenen zu erkennen. Welche Welt denn „für alle“? Irene Runge schrieb zu Jahresbeginn: „Die Abwehr des Fremden ist ein Zeichen von Unsicherheit, von Ungelehrtheit, von Ängsten, die sich simpel als Futterselbst zeigen.“ Was treffen wann die Folgen dieses Futterselbst? Oder umgekehrt, in welchem Maße kann denkendes Identitätsstreben jenen eigenwöl-

ligen D-Mark-Nationalismus im Zaume halten? Wieviele werden tatsächlich SEHEN und damit LEBEN lernen, ohne Sensationsgier, ohne Zynik, Verdrängung oder Gefühlsduselei? Zweifellos hat die Abschottungstendenz westeuropäischer Flüchtlingspolitik die Fiktion im MARSCH schon lange eingeholt. Die Noch-DDR strebt auch hier nach schnellstmöglicher Angleichung an eben verhärtete BRD-Normen.

Zwei Tage nach der Sendung erreicht uns die Nachricht von Hunderten Kurden, die im Erzgebirge auf ein DDR-Asyl hoffen. Ist denn die kulturelle Chance, von einem hysterischen Auswanderungsland zu werden, mit dem sogenannten Staatsvertrag kläglich vergeben?

Wann wird in Deutschland endlich - als Umkehrung von Rüstung und Feindbildern - kluge Entwicklungshilfe und Einwanderungspolitik gleichzeitig gemacht? Es darf nicht zu spät sein, über Kohl, Europa und den eigenen Hintern hinauszuweisen. Nach einmal Irene Runge: „Wer Anpassung als Unterordnung begreift, will Sklaven, keine Mitbürger.“

VEIT GELDNER

(Lesen Sie bitte auch S. 4 und 5 zu dieser Thematik.)

Innovation für Zukunft

(UZ-Korr.) Ende Mai fand im Saarbrücker Schloß der erste europäische Kongress „Bildung - Erfindung - Innovation - Zukunft für Europa“ statt. Veranstalter waren die Deutsche Aktionsgemeinschaft Bildung - Erfindung - Innovation e. V. Bonn, der französische Erfinderverband sowie die europäische Studenten-Organisation ABGEE. Der Kongress mit etwa 300 Teilnehmern aus ganz Europa hatte zur Zielsetzung, bestehende und zu wenig genutzte Innovationspotentiale zu aktivieren und die Zusammenarbeit zwischen Forschern und Erfindern zu verbessern. Auf Einladung der Deutschen Aktionsgemeinschaft nahmen aus der DDR Dr. M. Herrlich, Herr M. Malok und Dr. J. Pannwitz (KMU) teil.

Neben einer zentralen Veranstaltung mit interessanten Beiträgen und einer Podiumsdiskussion zum Thema „Kreativität - Erfindung - Innovation - Erfahrungen und Folgerungen für das werdende Europa“ war die Arbeit in 4 Gruppen von besonderer Bedeutung. Themen der Arbeitsgruppen waren: I. Europa in der Konkurrenz der Welt, II. Entwicklungsbedingungen für das junge Europa, III. Idee - Innovation - Erfolg: Fragen an Wirtschaft und Gesellschaft, IV. Problemlösen als Bildungsaufgabe.

Im Ergebnis wurde eine „Saarbrücker Erklärung“ verabschiedet. Dr. Pannwitz war in der Arbeitsgruppe III zu Fragen der Erfindungswiderstände unter soziologischem Aspekt aktiv. Zahlreiche Gespräche und Diskussionen verdeutlichten das Interesse an soziologischen Ergebnissen zu dieser Problematik und unterstrichen die Notwendigkeit diesbezüglicher Forschungen unter dem Gesichtspunkt des sich vereinigen Erfinderpotentials Deutschlands.

Technik-Spende aus München

(UZ) Vor einigen Tagen erhielt die KMU von der Partner-Universität in München ein hochmodernes Rechensystem sowie eine Telefax-Anlage, die über Münchener Sponsoren finanziert wurden. Die Spende übergab der Kanzler der Universität München, Dr. V. Rast. Die Rechner werden voraussichtlich auch für die studentische Ausbildung genutzt, die Telefax-Anlage wird im Schreibzentrum (Hauptgebäude) installiert.

Fernschreiben vom Ministerium für Bildung

Droht Cubanos jetzt das Aus?

(UZ) Der Rektor der KMU erhielt am 5. 6. folgendes Fernschreiben vom Ministerium für Bildung: „betr.: Ausbildung kubanischer Studenten. Am 29. 5. 1990 informierte der Vertreter des kubanischen Hochschulministeriums in der DDR über den offiziellen Beschluß seiner Regierung, daß nach Abschluß des Studienjahres 1989/90 die kubanischen Studenten (nicht Aspiranten) in ihre Heimat zurückzukehren. Als Begründung für diese Entscheidung werden von kubanischer Seite ökonomische Gründe angegeben. Dem Vertreter des Hochschulministeriums wurde mitgeteilt, daß diese Entscheidung unser Verständnis findet. Kubanische Stu-

dierende führen ihre Aus- und Weiterbildung an DDR-Hochschulen auf Kosten der DDR durch. Stipendien und Ausbildungskosten werden von der DDR getragen, und seitens des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft wird alles getan, ihr Studium weiterhin zu sichern.

Es besteht von uns keine Absicht, von eingegangenen Ausbildungsverpflichtungen zurückzutreten. Die kubanische Seite wurde daher um Prüfung ihrer Entscheidung gebeten.

Wir bitten Sie, die Studentenräte und das ISK über diesen Sachverhalt zu informieren und die Position der DDR darzulegen.

Prof. Dr. KALLENBACH*

Interessenverband Studentenwohnheime

Soziale Position künftig stärken

(UZ-Korr.) Am 30. 5. fand an der Hauptabteilung Wohnheime der KMU die 3. Tagung des nationalen Interessenverbandes Studentenwohnheime statt. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß es weder die aktuelle Belegungssituation in den Studentenwohnheimen noch der bauliche Zustand dieser Häuser erlauben, die bisher übliche Strategie der Nutzung auf Verschleiß weiterhin mitzutragen. Die Vertreter der Bereiche Studentenwohnheime aus über 20 Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR betonten ihre Verantwortlichkeit für die Erhaltung der Wohnheimkapazitäten und der schrittweisen qualitativen Verbesserung der allgemeinen Wohnsituation der Studenten. Bei der Diskussion wurde davon ausgegangen, daß Studenten sozial schwache Bürger unserer Gesellschaft sind und damit unserer besonderen Förderung bedürfen, d. h. auch die Subventionierung der Wohnheimplätze darf nur in vertretbaren Schritten abgebaut werden. Sollten die Ko-

stenante, die die Studenten für ihre Unterkünfte aufbringen müssen, ebenfalls steigen, so sind auch wir der Meinung, daß die soziale Position der Studenten gestärkt werden muß. Das gegenwärtige Stipendium wird als nicht ausreichend eingeschätzt.

Der Interessenverband wendet sich gleichzeitig an den Minister für Bildung mit der Bitte, über die Rektoren jeder Fremdbelegung in den Studentenwohnheimen, die zu Lasten der Studentenunterbringung geht, entgegenzutreten.

Immer öfter tritt in der Diskussion das Beispiel des Studentenwerkes bei der sozialen Betreuung der Studenten in den Mittelpunkt. Der Interessenverband Studentenwohnheime bietet sich dem Ministerium für Bildung als kompetenter Gesprächspartner an, wenn es innerhalb der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Einführung von Studentenwerken in der DDR um Wohnheimprobleme geht.